

## Nr. 9

Dezember 2006

Informationen der CDU-Gemeinderatsfraktion  
Karlsruhe

Redaktion  
Gabriele Luczak-Schwarz  
Kerstin Rudolph

V.i.S.d.P.  
Kerstin Rudolph



## Ihre CDU - Fraktion in Karlsruhe

Sie erreichen uns über unsere  
Fraktionsgeschäftsstelle:

Fraktionsgeschäftsführerin  
Kerstin Rudolph

Hebelstraße 13  
76133 Karlsruhe

Fon 0721 - 2 95 94  
Fax 0721 - 2 86 63

Email  
cdu@fraktion.karlsruhe.de

Web  
www1.karlsruhe.de/gemeinderat/  
cdu-fraktion

## Termine der CDU- Fraktion

**23. Januar 2007**  
**Gemeinderatssitzung**  
15.30 Uhr, Rathaus

**27. Februar 2007**  
**Gemeinderatssitzung**  
*Einbringung des  
Doppelhaushalts 2007/2008,  
Haushaltsrede des  
Oberbürgermeisters*  
15.30 Uhr, Rathaus

**27. März 2007**  
**Gemeinderatssitzung**  
15.30 Uhr, Rathaus

## Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

ursprünglich wollte Herr Oberbürgermeister Fenrich den **Doppelhaushalt** für die Jahre 2007/2008 am 12. Dezember 2006 in den Gemeinderat einbringen. Aufgrund unüberwindlicher technischer Probleme bei der Datenzentrale Baden-Württemberg war er jetzt aber gezwungen, den Termin auf Ende Februar 2007 zu verschieben. Als Pilotstadt in Baden-Württemberg hat Karlsruhe den Doppelhaushalt 2007/2008 bereits von der gewohnten Kameralistik auf das doppelte System umgestellt. Künftig wird es damit eine Unterteilung des Haushaltsplans in Verwaltungs- und Vermögenshaushalt nicht mehr geben, denn die Doppik besteht aus den drei Komponenten Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt und Vermögensrechnung.

Die CDU-Fraktion wird sich nun im Vorfeld der gemeinderätlichen Haushaltsberatungen, die im Mai 2007 stattfinden werden, mit allen bis dahin eingegangenen Haushaltsanträgen beschäftigen und ihre Schwerpunkte festlegen.

Die Stadt Osnabrück hat sich kürzlich entschieden, die **Bundesgartenschau (BUGA) 2015** nicht auszurichten. Im Jahr 2003 hatte sich der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe insbesondere aufgrund der schwierigen finanziellen Situation gegen die Durchführung der BUGA 2015 ausgesprochen.

Aufgrund der geänderten Sachlage war die CDU-Fraktion der Ansicht, dass der Gemeinderat jetzt über eine erneute Bewerbung der Stadt Karlsruhe beraten sollte. Wir hatten daher beantragt zu prüfen, ob es in planerischer und finanzieller Hinsicht möglich ist, dass sich die Stadt Karlsruhe mit den Schwerpunkten „Stadt am Rhein“ und „Weiterentwicklung des Zoologischen Stadtgartens“ um eine Ausrichtung der Bundesgartenschau 2015 bewirbt. In der Gemeinderatssitzung am 12. Dezember 2006 wurde das Thema ausführlich diskutiert und die Stadtverwaltung damit beauftragt, die planerischen und finanziellen Rahmenbedingungen für eine endgültige Entscheidung über die Einreichung einer erneuten Bewerbung aufzuzeigen. Dabei wird - wie von uns angeregt - auch bewertet werden, ob die Neugestaltung des Zoologischen Stadtgartens in eine Bewerbung einbezogen werden kann. Sollte sich der Gemeinderat im März 2007 verbindlich für eine Bewerbung aussprechen, würde die

zuständige Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft innerhalb von zwei Monaten über den Zuschlag für die BUGA 2015 entscheiden.

Der im Jahr 2003 für die BUGA vorgesehene Finanzplan ging von Gesamtausgaben in Höhe von rund 97 Millionen Euro aus; die Einnahmen sollten bei etwa 37 Millionen Euro liegen, so dass voraussichtlich ein nach heutigem Stand weitgehend über Kredite zu finanzierender Betrag in Höhe von ca. 60 Millionen Euro bliebe.

Die CDU-Fraktion wird im Vorfeld der März-Gemeinderatssitzung alle Argumente umfassend abwägen, kann sich aber eine Bewerbung mit den beiden genannten Schwerpunkten sehr gut vorstellen. So würde sich nämlich die Chance bieten, sowohl im Innenstadtbereich wie auch am Rhein eine entscheidende Weiterentwicklung unserer Stadt zu erreichen.

Am 12. Dezember hat der Gemeinderat **Margret Mergen** zur Nachfolgerin von Manfred Groh im Dezernat 4 gewählt. Die CDU-Fraktion gratuliert Frau Mergen herzlich und wünscht ihr für ihre neue verantwortungsvolle Aufgabe als Finanz- und Wirtschaftsbürgermeisterin der Stadt Karlsruhe alles Gute und viel Erfolg. Wir freuen uns auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ihr zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Herr Groh wird sich künftig ganz auf seine Tätigkeit als Landtagsabgeordneter konzentrieren. Wir danken Manfred Groh für seine Arbeit im Bürgermeisteramt in den vergangenen sechs Jahren und wünschen ihm, dass es ihm auch weiterhin gelingt, sich in Stuttgart erfolgreich für die Interessen der Karlsruher Bevölkerung einzusetzen.

Ihr  
**Wolfram Jäger**  
Fraktionsvorsitzender



**Fraktionsvorsitzender  
Wolfram Jäger**

## CDU-Fraktion nimmt Stellung zu Masterplan

Oberbürgermeister Heinz Fenrich hatte die Gemeinderatsfraktionen darum gebeten, ihre Anregungen zum 2. Entwurf des Masterplans schriftlich bei der Stadtverwaltung einzureichen.

Zur Vorbereitung der fraktionsinternen Diskussion befassten sich die Stadträte Manfred Bilger, Thorsten Ehlgötz, Detlef Hofmann, Gabriele Luczak-Schwarz, Bettina Meier-Augenstein, Dr. Thomas Müller, Tilman Pfannkuch, Christiane Staab und Dr. Hans-Jürgen Vogt jeweils intensiv mit einem oder mehreren der zwölf Handlungsfelder.

„Die CDU-Fraktion hält den Masterplan 2015 für ein innovatives, wegweisendes und gelungenes Projekt“, hielt Fraktionsvorsitzender Wolfram Jäger anschließend in der schriftlichen Stellungnahme fest. Dennoch habe die Fraktion darüber hinaus einige Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge zu machen:

Die CDU-Fraktion ist der Ansicht, dass die Einleitung zum Masterplan um einen Abschnitt zu den Stadtteilen erweitert werden sollte. Zwar sind die Stadtteile an mehreren Stellen im Masterplan erwähnt, jedoch sind sie letztlich - in unterschiedlichem Umfang - von allen Ideen und Anregungen betroffen; mit Hilfe eines vorgeschalteten Textbausteins könnte dies entsprechend zum Ausdruck gebracht werden.

Die Gegebenheiten in den einzelnen Stadtteilen sind teilweise sehr verschieden,

allerdings macht gerade diese Unterschiedlichkeit eine lebendige und attraktive Stadt aus. Darüber hinaus erfordern viele Projekte das verstärkte Engagement und die Unterstützung der Menschen aus den Stadtteilen; nur so wird man sie letztlich als Erfolg für die Gesamtstadt verbuchen können.

Beispielsweise sollten die Stadtteile mit ihren individuellen Gegebenheiten beim 300. Stadtgeburtstag im Jahre 2015 besonders beteiligt werden. Dies würde einerseits das Stadtteilsbewusstsein, andererseits aber zugleich die Identifikation mit der Gesamtstadt fördern.

Im Handlungsfeld Kultur sollte deutlich gemacht werden, dass vor allem auch Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern für Kunst und Kultur begeistert werden sollen - insofern sind niederschwellige und kostengünstige Angebote gefragt. Über die Einrichtung einer Bürgerstiftung sollte in diesem Zusammenhang nachgedacht werden.

In den Bereichen Miteinander und Umwelt vermisst die CDU-Fraktion konkrete Vorgaben, Projekte oder Kennzahlen. Wir meinen, dass auch in diesen beiden wichtigen Handlungsfeldern unbedingt klare Ziele formuliert werden sollten. Zielvorgabe im Feld Miteinander könnte zum Beispiel die von Bund, Land und Kommune gemeinsam zu schulternde Beitragsfreiheit von Kindergärten sein.



„Karlsruhe als Geothermie-Hauptstadt“ muss keine bloße Vision bleiben, sondern kann durch gezielte Förderung und Forschung tatsächlich Realität werden; insofern sollte der entsprechende Text deutlicher und offensiver formuliert werden

Der Wirtschaftsstandort Karlsruhe muss offensiv vermarktet und weiter gestärkt werden. Möglichst optimale Verkehrsinfrastrukturen haben daher für die CDU-Fraktion eine hohe Priorität. Gleichzeitig sollte aber beispielsweise auch der Landschaftspark Rhein vorangetrieben und das Profil Karlsruhes als Stadt mit hoher Lebensqualität geschärft werden.

Nachdem die Fraktionen ihre Stellungnahmen abgegeben haben, werden die zuständigen Gremien erneut beraten. Anfang 2007 soll der Masterplan dann im Gemeinderat verabschiedet werden.

*Die vollständige Stellungnahme der CDU-Fraktion kann bei der Fraktionsgeschäftsstelle, Hebelstraße 13, Tel: 2 95 94, Fax: 2 86 63, Mail: [cdu@fraktion.karlsruhe.de](mailto:cdu@fraktion.karlsruhe.de), angefordert werden.*

## Gewalt an Schulen

**Anfrage** der Stadträte Wolfram Jäger, Bettina Meier-Augenstein und Rainer Weinbrecht:

1. Liegen der Stadtverwaltung Erkenntnisse darüber vor, wie sich die Zahl der Gewalttaten an Schulen (Schulweg und Schulgelände) in den letzten Jahren entwickelt hat? Ist insbesondere in den letzten Monaten ein signifikanter Anstieg an solchen Taten zu verzeichnen? Um welche Delikte handelt es sich im Wesentlichen?

2. Welche Sanktionsmöglichkeiten haben Lehrer, wenn Schüler Waffen oder ähnliche Gegenstände mit in die Schule bringen? Wie wird an den Schulen mit Handys umgegangen? Sind in den Schulordnungen entsprechende Regelungen vorhanden?

3. Wird mit den Schülern im Rahmen des Unterrichts verstärkt über die Folgen von Gewalttaten gesprochen? Welche Maßnahmen können ergriffen werden, damit die Gewalt an Schulen nicht weiter zunimmt?

4. Welche Schulungsmaßnahmen gibt es insgesamt diesbezüglich für Lehrer?

5. Gibt es Überlegungen, wie verhindert werden kann, dass Waffen auf das Schulgelände mitgebracht werden?

### **Begründung:**

Der Anfang Dezember für eine Schule in Baden-Württemberg angedrohte Amoklauf hat Schüler, Eltern und Lehrer, letztlich die gesamte Bevölkerung stark verunsichert.

Schon in den Monaten davor mehrten sich Berichte über Gewalttaten unter Jugendlichen und vor allem auch an Schulen. Immer häufiger werden Körperverletzungsdelikte registriert.

Die Hemmschwelle, solche oder ähnliche Delikte zu begehen, scheint bei zahlreichen Jugendlichen immer weiter zu sinken bzw. völlig zu fehlen. Oftmals werden Gewalttaten von den Jugendlichen mit der eigenen Handy-Kamera sogar mitgefilmt.

Die Ursachen für solche Taten sind unterschiedlich und vielfältig: Fehlende soziale bzw. familiäre Bindung, Perspektivlosigkeit oder auch Gewalt-Videos und -Computerspiele werden in diesem Zusammenhang verstärkt genannt.

## Kinder- und Jugendtheater

**Anfrage** der Stadträte Wolfram Jäger, Christiane Staab und Dr. Hans-Jürgen Vogt:

1. Welche Angebote gibt es zur Zeit im Bereich des Kinder- und Jugendtheaters in Karlsruhe?
2. Können diese Angebote die vorhandene Nachfrage abdecken?
3. Welche Maßnahmen sind denkbar, um ein eventuell zu geringes Angebot erweitern zu können?

**Begründung:** Im Jahr 2004 wurde das „Bluemix“ als Spielstätte für Kinder- und Jugendtheater geschlossen. Dennoch gibt es in Karlsruhe nach wie vor spezielle Angebote für Kinder und Jugendliche, so zum Beispiel die Jungkäuze oder den Jugendclub des Badischen Staatstheaters. Der Bedarf an entsprechenden Produktionen ist vorhanden. Möglicherweise reicht das Angebot aber nicht aus. Beispielsweise gab es in diesem Jahr für die Aufführungen des Weihnachtsmärchens im Badischen Staatstheater schon nach kurzer Zeit keine Karten mehr. Hinzu kommt, dass nicht alle vorhandenen Spielstätten gut zu erreichen sind. Da aber gerade auch Kindergärten und Schulen Aufführungen für Kinder und Jugendliche besuchen, sollte eine möglichst optimale verkehrliche Anbindung gewährleistet sein.

## Luftreinhalte-Aktionsplan für Karlsruhe

Am 21. November 2006 wurde der Luftreinhalte-Aktionsplan für die Stadt Karlsruhe im Gemeinderat diskutiert. Bereits im Frühjahr hatte das Regierungspräsidium einen Luftreinhalteplan für das Stadtgebiet erstellt. Dies deshalb, weil sich aus den Prognosen der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz ergibt, dass der ab dem Jahr 2010 geltende Immissionsgrenzwert von 40 mg/cbm für Stickstoffdioxid überschritten werden wird.

Die zu Beginn des Jahres 2006 vorhandene Inversionswetterlage führte zu einem sprunghaften Anstieg der Feinstaubemissionen und dazu, dass die bisher zulässigen Werte von 50 mg/cbm in zahlreichen Städten Deutschlands mehrfach nicht eingehalten werden konnten. In Karlsruhe ist hiervon die Kriegsstraße und die Reinhold-Frank-Straße betroffen.

Zwischenzeitlich hat das Regierungspräsidium daher einen Aktionsplan vorbereitet. Dieser soll kein abschließendes Papier sein und kann jederzeit ergänzt und an sich ändernde Umstände angepasst werden.

Stadträtin Gabriele Luczak-Schwarz führte dazu in der Gemeinderatssitzung aus, dass die CDU-Fraktion die vorgelegten

Maßnahmenvorschläge wie Lkw-Durchfahrtsverbote oder Intensivierung der Straßenbegrünung zwar befürworte, hinsichtlich deren Wirksamkeit aber sehr skeptisch sei. Die Untersuchungen hätten nämlich gezeigt, dass gut die Hälfte des anfallenden Feinstaubes aus sogenannten Hintergrundbelastungen besteht, auf die der Mensch keinerlei Einflussmöglichkeiten hat. „Lediglich 50% sind auf lokale Gegebenheiten zurückzuführen. Das Verkehrsaufkommen hat hieran sicherlich einen großen Anteil“, so Gabriele Luczak-Schwarz. „Jedoch stammen zum Beispiel 10% des Feinstaubes aus Kleinf Feuerungsanlagen, so dass auch der gemütliche Kaminabend letztlich eine Belastung für die Luft darstellt.“

Feinstaub ist gesundheitsschädlich. Daher muss die Kommune alles tun, um mit Hilfe gezielter Maßnahmen eine Reduzierung zu erreichen. Allerdings kann die Stadt nicht in allen Bereichen direkten Einfluss nehmen: Beispielsweise konnte die steuerliche Förderung des Einbaus von Rußpartikelfiltern nur von den Finanz- und Umweltministern der Länder beschlossen werden. Bezüglich des Schwerlastverkehrs muss die Europäische Kommission tätig werden und die entsprechenden Vorgaben der Abgasnorm vorziehen.

## Erstwohnsitzkampagne für Studenten

**Anfrage** der Stadträte Wolfram Jäger, Bettina Meier-Augenstein und Hubert Buchmüller:

1. Wie viele Studenten sind zur Zeit in Karlsruhe mit Erstwohnsitz gemeldet? Wie haben sich die Zahlen in den vergangenen Jahren entwickelt?
2. Welche konkreten Maßnahmen treffen andere Kommunen, um zu erreichen, dass Studenten ihren Erstwohnsitz in ihre Stadt verlegen? Aufgrund welcher dieser Maßnahmen konnte die größte Anzahl an Studenten zur Ummeldung bewegt werden?
3. Welche Maßnahmen hält die Stadtverwaltung für geeignet, um die Zahl der Studenten mit Erstwohnsitz in Karlsruhe weiter zu vergrößern?
4. Ist es denkbar, dass das Einwohnermeldeamt bei Studenten, die bereits mehrere Semester in Karlsruhe immatrikuliert sind, hier aber nach wie vor keinen Erstwohnsitz haben, regelmäßig gezielt nachfragt, ob sich der Lebensmittelpunkt inzwischen nach Karlsruhe verlagert hat?

**Begründung:** An den Hochschulen in unserer Stadt sind etwa 30.600 Studenten immatrikuliert. Obwohl die meisten Studenten in Karlsruhe wohnen und sich hier auch die überwiegende Zeit aufhalten, somit ihren Lebensmittelpunkt in Karlsruhe haben, haben viele von ihnen dennoch ihren Erstwohnsitz nicht offiziell nach Karlsruhe verlegt, sondern nach wie vor den Wohnort der Eltern als Hauptwohnsitz benannt.

Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs erhält Karlsruhe vom Land Baden-Württemberg pro Erstwohnsitz und Jahr 1.000 Euro.

Weil viele andere Städte sich in einer ähnlichen Situation befinden, haben sie sog. Erstwohnsitzkampagnen ins Leben gerufen. Beispielsweise werden einmalige Ausbildungsbeihilfen gewährt, Bonushefte ausgegeben oder Gewinnspiele veranstaltet.

Auch in unserer Stadt wird mit verschiedenen Maßnahmen für Karlsruhe als Erstwohnsitz geworben. Die Stadtmarketing Karlsruhe GmbH ist hier federführend tätig und erarbeitet entsprechende Konzepte, um künftig noch mehr Studenten für den Hauptwohnsitz Karlsruhe zu gewinnen.

## CDU-Fraktion informiert sich über Erinnerungsstätte

Gemeinsam mit Rastatter CDU-Stadträtinnen und -Stadträten besuchte die CDU-Fraktion Karlsruhe im Oktober 2006 die Erinnerungsstätte für Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte im Rastatter Schloss. Vorausgegangen war eine Einladung von Gerlinde Hämmerle, Regierungspräsidentin a.D. und Vorsitzende des Fördervereins der Erinnerungsstätte.



Nach einer kurzen Begrüßung durch Herrn Dr. Henning Pahl, Leiter der Erinnerungsstätte, führte Frau Hämmerle durch die Erinnerungsstätte, die 1974 vom Bundesarchiv im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren eingerichtet worden war.

Frau Hämmerle erläuterte den rund 30 Gästen - darunter der stellvertretende Vorsitzende der Rastatter CDU-Fraktion, Dr. Martin Weber, und der Karlsruher Fraktionsvorsitzende Wolfram Jäger - spannend und anschaulich verschiedene freiheitliche Bewegungen unterschiedlicher Epochen. Die Französische Revolution, die Zeit des Paulskirchenparlaments, aber auch die Biografien einzelner Freiheitskämpfer waren Themen der Führung. Hämmerle prüfte zudem mehrfach die Sangeskünste der CDU-Politiker, die jedoch sowohl die „Marseillaise“ wie auch das „Badnerlied“ perfekt vortragen konnten.

Anschließend klang der Abend mit einem gemeinsamen Essen und interessanten Gesprächen gemütlich aus.





## Dr. Albert Käuflein

Diplom-Theologe  
Leiter des Roncalli-Forums  
Karlsruhe  
46 Jahre

Schwerpunkte: Bildung,  
Kultur, Soziales

Betreuungsstadtrat für die  
Nordweststadt

Kaiserslauterner Straße 13 c  
Tel. 9 32 83 30

### Wechsel in der CDU-Fraktion:

#### Rüssel ausgeschieden, Dr. Käuflein nachgerückt

Aus gesundheitlichen Gründen schied im November 2006 Günther Rüssel aus dem Karlsruher Gemeinderat und damit der CDU-Fraktion aus. **Dr. Albert Käuflein** rückte nach und wurde Anfang Dezember von Herrn Oberbürgermeister Heinz Fenrich im Bürgersaal des Rathauses verpflichtet.

## CDU-Fraktion setzt sich für Verkehrsmuseum ein



Das Verkehrsmuseum befindet sich seit dem Jahr 1969 in einem Gebäude im Hinterhof der Werderstraße 63. Träger ist die Deutsche Verkehrswacht im Stadt und Landkreis Karlsruhe e.V. Da dem Museum in der Werderstraße lediglich 1.200 qm Ausstellungsfläche auf vier Stockwerke verteilt zur Verfügung stehen, können längst nicht alle der über 100 Exponate ausgestellt werden. Hinzu kommt, dass in unmittelbarer Umgebung des Museums keine ausreichende Anzahl an Parkplätzen vorhanden und die Verkehrsanbindung insgesamt nicht optimal ist.

Anhand der von der Verkehrswacht gesammelten Ausstellungsstücke lässt sich die Kfz-Entwicklung der vergangenen 200 Jahre anschaulich erläutern. Damit das Potenzial des Museums besser genutzt werden kann, hatten die Stadträte Wolfram Jäger, Manfred Bilger und Bettina Meier-Augenstein beantragt zu prüfen, ob das Verkehrsmuseum auf dem bisherigen Schlachthof-Areal, das zur Zeit ohnehin neu geordnet wird, untergebracht werden kann. Die Stadtverwaltung hat zugesagt, dass im Rahmen der Neukonzeptionierung der gesamten Karlsruher Museumslandschaft auch das Verkehrsmuseum berücksichtigt werden wird.

Anfang November 2006 bewunderten die Fraktionsmitglieder bei einer Führung in der Werderstraße die umfangreiche Sammlung an Fahrrädern, Automobilen und Modelleisenbahnen.

Roland Lay, Leitender Polizeidirektor, ergriff dabei auch die Gelegenheit, die Fraktion über die Aufgaben der Verkehrswacht Karlsruhe zu informieren.

## KMK-Geschäftsführer Böse zu Gast bei CDU-Fraktion

Zu einem Informationsgespräch hatte die CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe den Geschäftsführer der Karlsruher Messe- und Kongress-Gesellschaft (KMK), Gerald Böse, eingeladen.

Böse gab dabei einen Überblick über die aktuellen Voraussetzungen bei der KMK und die in den letzten Monaten vorgenommenen Umstrukturierungen. Zum Beispiel seien mit der Erarbeitung bestimmter Leitlinien und Unternehmensziele und der Zuordnung einzelner Tätigkeitsfelder zu verschiedenen Marktbereichen wichtige Schritte umgesetzt worden.

Gerald Böse wies weiter darauf hin, dass die KMK mit Neuer Messe, Festplatz und Europahalle ein vielseitiges und flexibles Angebot vorhalten könne. Zugleich würden sich aber Schnittmengen zwischen den Veranstaltungsräumen ergeben, so dass es sich häufig als besonders schwierig darstelle, die im jeweiligen Einzelfall am besten geeigneten Räumlichkeiten zu finden.

Der Geschäftsführer erklärte außerdem, er könne sich vorstellen, zum Beispiel das Thema „Recht“ weiter auszubauen. Hier seien allerdings die Unterstützung der Stadt und vor allem des Stadtmarketings unabdingbar. Damit der Messestandort Karlsruhe auf Dauer wettbewerbsfähig bleibe, müssten die weiteren notwendigen Investitionsmaßnahmen, wie beispielsweise die Verbesserung der technischen Ausstattung und der Infrastruktur, zeitnah durchgeführt werden.

Fraktionsvorsitzender Wolfram Jäger dankte Gerald Böse abschließend für seine bisherige Arbeit. Die CDU-Fraktion werde seine Anregungen und Ideen diskutieren und - soweit möglich - diese unterstützend vorantreiben.

## MP Oettinger in Karlsruhe

Kurzfristig hatte Ministerpräsident Günther H. Oettinger sich in Karlsruhe angekündigt und die Mitglieder der CDU-Fraktion sowie des Kreisvorstands der CDU Karlsruhe-Stadt zu einem Gespräch über aktuelle Karlsruher Themen mit landespolitischer Bedeutung eingeladen. Intensiv diskutierten die Anwesenden unter anderem über die Möglichkeiten einer Freistellung von Kindergartenbeiträgen und die Umsetzung der Kombi-Lösung. Thematisiert wurde zudem die aus Karlsruher Sicht dringend erforderliche Errichtung einer Autobahnausfahrt für den Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden. Für den Umbau des Wildparkstadions könne das Land, so Ministerpräsident Oettinger, maximal zehn Millionen Euro - verteilt über fünf Jahre - zur Verfügung stellen.

## Ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest sowie einen guten Rutsch in das Jahr 2007 wünschen Ihnen allen

### Ihre Karlsruher CDU-Stadträtinnen und -Stadträte:

Wolfram Jäger  
Bettina Meier-Augenstein  
Christiane Staab  
Manfred Bilger  
Thorsten Ehlgötz  
Gabriele Luczak-Schwarz  
Tilman Pfannkuch

Ingo Wellenreuther MdB  
Rainer Weinbrecht  
Hubert Buchmüller  
Andreas Erlecke  
Dr. Klaus Heilgeist  
Detlef Hofmann

Dr. Albert Käuflein  
Marianne Krug  
Sven Maier  
Dr. Thomas Müller  
Dr. Hans-Jürgen Vogt  
Bernhard Weick

